

Oberhaid Hoffnung gemacht

STELLUNGNAHME Beim Besuch der Gemeinde bestätigte Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner einen Lösungsansatz, der Staffelbach eine Tank- und Rastanlage „erspart“.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED ALBERT MEIER

Oberhaid - Auf Einladung der Gemeinde Oberhaid besuchte die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, MdB Dr. Susanne Kastner (SPD) aus Maroldsweisach die Gemeinde Oberhaid. Dabei wollten vor allem Oberhaider Gemeinderäte und Vertreter der „Bürgeraktion gegen Tank- und Rastanlage Staffelbach“ Aktuelles zum Sachstand der möglichen Anlage bei Staffelbach erfahren.

Das Treffen fand in Unterhaid im Alten Rathaus (nun Weinstube) statt, in dem Bürgermeister Carsten Joneitis (SPD) „das politische Urgestein, eine der erfahrensten Politikerinnen“, willkommen hieß. Zunächst stellte der Bürgermeister seine stadtnahe ländliche Wohngemeinde vor, die auch einen unmittelbaren Anschluss zur A 70 habe.

Danach ging er auf den „Kern“ seiner Anliegen ein, den Widerstand gegen die Tank- und Rastanlage bei Staffelbach. Joneitis listete auf, wer sich bisher aus den Parteien (ohne FDP und Freie Wähler) in Oberhaid mit den Sorgen befasste. Er hob auch die ablehnenden Beschlüsse des Gemeinderates wie auch des Kreistages in Bamberg hervor.

Offenbar sei das Vorhaben „vorläufig gestoppt“, so der Bürgermeister. Er Sorge sich aber immer noch, dass dieser kleine Erfolg gekippt werden könne.

Eine Wendung zum Guten

Wenn sie auch immer wieder mit „windschnittigen“ Stellungnahmen oder Aussagen konfrontiert werde, so Dr. Kastner, so zeichne sich doch wohl „eine Wendung zum Guten für Oberhaid ab“. Kastner berichtete vom Prüfauftrag der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth (im Verkehrsministerium) an die Task Force „Tank & Rast“. Danach könne ein Kooperationsvertrag zwischen dem Bund und dem privaten Unternehmen eingegangen und im Rahmen von „Public Private Partnership“ der Autohof Knetzgau erweitert werden. Darüber hinaus werde das Verkehrsministerium nun mit Priorität den Streckenverlauf zwischen Bamberg und Bayreuth untersuchen, da es dort bisher keinen bewirtschafteten Rastplatz gebe. Man sollte nun Gespräche zwischen dem Autohof und der Autobahndirektion abwarten, forderte der hochrangige Gast. In jedem Falle sollte aber bis Juli Endgültiges bekannt sein, so Susanne Kastner. Die Angelegenheit dürfe keinesfalls in den Bundestagswahlkampf einfließen.

Dem Anliegen des Bürgermeisters, zusammen mit dem Landrat ein Gespräch mit dem Verkehrsminister zu führen, komme sie gerne nach und vereinbare einen Termin hierfür.

Dr. Susanne Kastner fasste letztlich zusammen: Es geht nun, alle Politiker, gleich welcher Couleur, die sich bei Besuchen in Oberhaid alle verbal auf die Seite des Oberhaider Widerstandes stellten, in Berlin an ihre Voten zu erinnern. Gemeinsam müsse dann die weitere Entwicklung im Auge behalten werden, um gegebenenfalls politisch einzuwirken.

Den Oberhaidern erteilte Kastner ein großes Kompliment dafür, was Bürger und Bürgeraktion bewirkt hätten.

Quelle: Fränkischer Tag, 02.03.2009